

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 4 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzusatz.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Balnhofs-Allee 6 und von allen Anzeigen-Ergebnissen angenommen. Die geschäftspaltene Druckstelle kostet 6 Pfennig, die Restausgabe 30 Pfennig.

Amtsbezirks-Arztzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Brieße, Lehniß, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5
Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstrast für den Amtsbezirk Birkenwerder.
Anzeigenpreis für die neugepaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 60. Postfach-Konto: Berlin 62 449. Sonnabend, den 18. April 1925. Postfach-Konto Berlin 62448. 24. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

In Stelle des Kaufmanns Johannes Barsch, der sein Amt als Gemeindevorsteher infolge Wahl zum Schöffen niedergelegt hat, hat der Gemeindevorstand als Nachrückenden den Kaufmann Paul Gullig freigestellt.

Einprüche gegen diese Feststellung können innerhalb 14 Tagen bei mir angebracht werden.

Steuerzahlung.

Paul Beschlag der Gemeindeverwaltung vom 9. d. Mts. werden bis zur Festsetzung der Steuerzuschläge für 1925 die Gemeinde-Grund- und Gewerbesteuer nach den Sätzen des Jahres 1924 als Vorauszahlung erhoben.

Die staatliche Grundbesitzsteuer ist ebenfalls nach den Sätzen des Vorjahres weiterzuführen, bis staatlicherseits eine Änderung erfolgt.

Die Hauszinssteuer beträgt ab 1. April 1925 das 7fache der Grundsteuer.

Die Steuerpflichtigen werden deshalb hiermit aufgefordert, die Grund- und Hauszinssteuer für April 1925 sowie die Gewerbesteuer Vorauszahlungen für Januar-März 1925 baldigst an die Gemeindekasse zu zahlen.

Durch das Kreiswohlfahrtsamt werden Säuglinge und Kinder aller Altersstufen bis zur Schulentlassung in Pflege gegeben. Familien, die gewillt sind, Kinder in Pflege zu nehmen, werden gebeten, entsprechende Anträge an das Wohlfahrtsamt des Kreises Niederbarnim in Berlin NW 40, Friedrich-Karl-Weg 5, zu richten.

Verlin, den 28. März 1925.
Der Kreisvorsitzende des Kreises Niederbarnim.
Der Vorsitzende, Landrat.

Verpflichtigt:
Die Anträge können im Gemeindevorstand gestellt werden.

Hauszinssteuer.

Das Staatsministerium hat in Uebereinstimmung mit dem Ständigen Ausschusse des Landtages die Erhöhung der Hauszinssteuer mit Wirkung vom 1. 4. 1925 auf den siebenfachen Betrag der staatlichen vorläufigen Steuer vom Grundbesitz verordnet (siehe Preuß. Gesetzblatt S. 42). Eine besondere Veranlagung erfolgt im allgemeinen an die Steuerpflichtigen nicht. Die Steuer wird wie bisher am 15. eines jeden Monats fällig.

Eine Veranlagung der Zinsen für aufgewertete dingliche Lasten ist nicht mehr zulässig, da die Verpfändungen des Steuerpflichtigen bei Festsetzung der Steuererlöse voll berücksichtigt sind.

Oranienburg, den 9. April 1925.
Der Vorsitzende des Grundsteueraussschusses.
Verpflichtigt:
Bergfelde, den 17. April 1925.
Der Gemeindevorsteher, Czekowski.

Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:
Steuerzahlungen.

Die staatlichen Steuern vom Grundvermögen und die Gemeindegrundsteuern sind in beiden Höhe wie bisher bis zum 15. j. Mts. an die Gemeindekasse zu zahlen.

Die Hauszinssteuer, welche ebenfalls bis zum 15. j. Mts. zu zahlen ist, beträgt vom 1. 4. d. Js. ab 700 Prozent der staatlichen Steuer vom Grundvermögen.

Gewerbesteuer-Voranmeldung.

Sämtliche hiesigen Gewerbetreibenden haben bis zum 20. d. Mts. schriftlich oder mündlich im Gemeindevorstand - Zimmer 6 - den Betrag der Einkommensteuer-Voranmeldung beim Finanzamt angegebene Betrag des Gesamtumsatzes und den geschätzten Einkommensteuerbetrag des letzten Vierteljahres - Januar-März 1925 - anzugeben.

Was gibt es Neues?

Painlevé nahm den Auftrag zur Kabinettsbildung an.
Der ehemals regierende Fürst Günther zu Schwarzburg ist im 75. Lebensjahre gestorben.
Der für Deutschland ernannte Votschakter Schur nan ist nach feierlicher Vereidigung von New York abgereist.

In einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft zur Aufwertungsfrage, an der etwa 30 Interessentenverbände teilnahmen, wurde für die Präsidentenwahl Stimmgeldigkeit beschlossen.

Das englische Leutbahr Luftschiff „M. 38“ wurde mit 6 Mann Besatzung vom Antermaß in Bulham losgerissen und abgeregelt.

Der Bruder des bayerischen Ministerpräsidenten, Prof. Dr. Hans Feld, ist in Rom, wohin er den Bruder auf seiner Reise begleitet hatte, an einem Schlaganfall gestorben.

Das Kabinett Painlevé nunmehr gesichert.

Paris, 16. April. Briand hat sich endgültig zur Uebernahme des Ministeriums des Äußeren im Kabinett Painlevé bereit erklärt.

Keine weiteren Kandidaten zu der Präsidentenwahl.

Wie die T.-U. von der Reichsversammlung erfahren, hat bisher eine Nennung neuer Kandidaten zu der Reichspräsidentenwahl nicht stattgefunden. Da die Frist zur Nominierung von Kandidaten in der Nacht vom 16. zum 17. April abließ, ist anzunehmen, daß es bei der Aufstellung der drei Kandidaten Hindenburg, Marx und Thälmann bleibt.

Painlevé auf der Ministerjuche.

Caillaux und die Voicarsisten.

Painlevé hat den Auftrag zur Kabinettsbildung zwar angenommen, doch gestalteten sich die Verhandlungen äußerst schwierig, sodaß es am Donnerstag noch zweifelhaft erschien, ob das Kabinett Painlevé-Briand-Caillaux zustandekommen würde. Vor allem sollen zwischen Caillaux und Briand bereits ernste Spannungen entstanden sein, und es wird sogar behauptet, daß dadurch die ganze Kabinettsbildung durch Painlevé in Frage gestellt worden sei.

Von seiten der Opposition wird vorausgesetzt, daß Caillaux bei seinem ersten Erscheinen als Minister aus der Kammer gejagt würde. Besonders groß war die Erregung im Senat, der zum großen Teil noch aus denselben Mitgliedern besteht, die im Jahre 1919 Caillaux verurteilt haben. Bezeichnend ist ein Ausspruch Voicars, der in den Kreisen der Senatoren große Aufregung erregt: „Die Wahl Caillaux ist eine Herausforderung des Senats.“

Malby erwiderte auf die Frage, ob man ihm einen Ministerposten angeboten habe: „Janohi, aber ich habe ihn abgelehnt, da ich vorerst in den Reihen meiner Partei bleiben will. de Monzie erklärte, er habe absolutes Vertrauen zum Ausgang der Verhandlungen, die Painlevé führe.“

Caillaux soll das ihm angebotene Portefeuille des Finanzministers in einem Kabinett Painlevé angenommen haben. Diefem Kabinett soll auch Briand als Außenminister angehören.

Annahme der Finanzvorlage.

Noch ehe sich das neue Kabinett gebildet hatte, haben Kammer und Senat die Finanzvorlage angenommen. In der Kammer erfolgte die Annahme mit 345 gegen 29 Stimmen. Die Emissionsgrenze wird demnach von 41 auf 45 Milliarden und die Voranschlagsgrenze von 22 auf 26 Milliarden Franken erhöht. Außerdem wurde beschlossen, daß noch vor dem 15. Juli 1925 ein Gesetzentwurf zur Aufhebung einer besonderen nationalen Steuer eingebracht werden müsse. Abgeordneter Baronne äußerte im Namen der Sozialisten gewisse Vorbehalte zu den geplanten Steuern, deren Charakter, wie er sagte, noch präzisiert werden müsse.

Die Vorlage ging dann an den Senat, der sie mit 193 gegen 5 Stimmen annahm. Der Finanzberichterstatter erklärte, die Finanzkommission betrachte die Heraushebung der Emissions- und der Voranschlagsgrenze nur als eine vorübergehende Maßnahme. Die Regierung habe die Pflicht, den Gebirgsbau wieder in normale Bahnen zu lenken. Chevron gab für den republikanischen Verband folgende Erklärung ab: „Wir haben stets die Inflation bekämpft, zu der ein Land auch im äußersten Notfall nicht seine Zuflucht nehmen darf. Wir wollen die Banque de France daran hindern, ihre Finanzoperationen wieder aufzunehmen. Das Finanzproblem ist eine Vertrauensfrage.“

Zur Präsidentenwahl.

Marx in Stettin.

Nach seiner Programmrede in Königsberg hat Reichskanzler a. D. Marx nun auch in Stettin gesprochen. Seine Rede gipfelte in folgenden Ausführungen:

Der Gedanke, die in der Weimarer Verfassung für das Deutsche Reich festgelegte Staatsform mit Gewalt zu ändern, ist so absurd, daß er heute selbst von solchen fallen gelassen wird, die lange Zeit mehr oder weniger ernsthaft mit ihm gepöbeln haben. Wir sollen Gott danken, daß nach dem militärischen Zusammenbruch im Herbst des Jahres 1918 nicht das Chaos über uns hereingebrochen ist, und daß es gelang, in Weimar eine staatliche Ordnung neu zu begründen. An dieser Ordnung müssen wir festhalten, wenn wir unser Land und unser Volk vor neuen schweren Erschütterungen bewahren wollen. Wir müssen uns aber auch penitlich hüten, diese Ordnung in den Augen des deutschen Volkes und des Auslandes als minderwertig herabzusetzen. Die Weimarer Verfassung gewährleistet allen Bewohnern des Reiches volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und die ungeschürzte Religionsübung; sie bestimmt ferner, daß der Gewissensbürgerliche und staatsbürgerliche Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern unabhängig von den religiösen Bekenntnissen ist.

Empfang bei Hindenburg.

Vom Reichsblock wird mitgeteilt: Am Sonntag Abend findet in Hannover ein Empfang statt, zu dem der Reichsblock Vertreter der ausländischen und inländischen Presse und Vertreter der Wahlfreizugschüsse in größerem Umfange einladen wird. Auf diesem Empfangsabend wird Generalfeldmarschall von Hindenburg eine politische Rede halten.

Ein Wahlanruf der Bismarckjugend.

Der Reichsführer der Bismarckjugend erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Im entscheidenden Wahlgang für das höchste Amt, das unser Volk zu vergeben hat, hat das nationale Deutschland seinen größten lebenden Sohn, den Generalfeldmarschall von Hindenburg, auf den Schild gehoben. Daß die Jugend, die Bismarcks Namen auf ihr Banner geschrieben hat, mit Vereinerung ihre ganze Kraft für den Mann, der uns ständlich. Wenn der Feldmarschall heute, in selbsterwähltem Volk in tiefer Not nach einem Führer ruft, trotz seines Alters um Deutschlands Zukunft willen nochmals in die Breche springt, so müssen in jedem jugendlichen Herzen der Wille zum Siege und der Glaube an den Sieg unerschütterlich sein.“

Die spanische Presse über Hindenburg.

Auch die spanische Presse beschäftigt sich eingehend mit der Kandidatur Hindenburgs. Das liberale Blatt „Imparcial“ schreibt, daß es lächerlich sei, die französischen Schlagworte nachzusprechen, nach denen die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten die Wiederkehr der Monarchie und der Hohenzollern bedeute. Die deutschen Wähler seien in Hindenburg nichts als ein Symbol der Ordnung und Disziplin und der Ablehnung politischer Experimente. Sowohl nach den Revolutionen in England als auch in Frankreich habe später stets das konservative Empfinden des Volkes geherrscht, es wäre unerlässlich, weshalb man Deutschland daselbe verwehren wolle. Man könne nicht ewig ein Volk wie Deutschland als ein besiegtes Volk behandeln.

Bayern und Hindenburg.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei erklärt, daß das Eintreten für Hindenburg eine notwendige Folgerung aus der politischen Einstellung der Bayerischen Volkspartei und der Entwicklung des Zentrums sei. Da der Zusammenschluß von Zentrum und Sozialdemokraten den Zentrumskandidaten von vornherein in den Geruch der Abhängigkeit von sozialistischen Regierungsgremien und Regierungsmännchen bringe, hätten nur diejenigen ein offenes Eintreten der Bayerischen Volkspartei für Marx erwarten können, die sich der Stimmgebung hingaben, daß angesichts der Präsidentenwahl diese Partei ihrer ganzen bisherigen Politik mitrennen würde. Im Gegensatz zum Zentrum sei die Bayerische Volkspartei feierlicher Kompromiß oder innenpolitische Bindung irgendwelcher Art einzuwenden.

Barmat's Butter-Luftgeschäfte.

Rein Millionen Verlust für das Reich.

Der Barmat-Ausschuß des Reichstags vernahm am Donnerstag zunächst den Kaufmann Emil Weinmann aus Ebersfeld, früherer Aufsichtsratsmitglied des Butterhandelsgesellschaft Berlin.

Der Zeuge bekundet, daß er im Juni 1919 auf Anweisung der Reichsstelle die Butterhandelsgesellschaft beauftragt habe, 50 Waggons Butter von Barmat zu diesem Zweck nach Amsterdam. Der traf mit Barmat nicht an, sondern nur dessen Procuristen Bogel fern, erzählte aber allerlei von Barmat und seinen Beziehungen zu prominenten Persönlichkeiten. So feierte er z. B. jederzeit in der Lage, telefonische Verbindungen mit dem Bureau des Reichspräsidenten zu bekommen. Barmat sei im Augenblick zwecks finanzieller Rettung in Berlin. Die Herren sollten wegen der Regelung in Berlin. Die Herren sollten wegen der Rettung am nächsten Tage wiederkommen. Es war aber kein Pfund Butter da. Nach acht Tagen war das Bild noch genau dasselbe. Darauf gingen die Herren zu einem großen holländischen Butterhandelsverband.

Der Direktor Veltjinger sprach die Bewunderung aus, daß ein Mann wie Barmat mit Butterlieferungen beauftragt werde, der vom regulären Handel kein Pfund Butter erhalte. Barmat sei sehr übel beleumdet. Die Butterhandelsgesellschaft könne jederzeit Butter vom Verband der Niederlande... Molkereien bekommen.

Die Reichsstelle lehnte aber ein Angebot wegen zu hohen Preises ab. In einem sich mit Barmat entwerfenden Schriftwechsel beleumdete Barmat die Herren von der Butterhandelsgesellschaft. Daraufhin wurde eine Klage wegen Beleidigung und auf Schadensersatz angestrengt. Am 11. Oktober 1923 wurde vor dem Kammergericht ein Vergleich abgeschlossen. Das Landgericht hatte Barmat zu 3000 M. Geldstrafe wegen Kreditfähigkeit verurteilt, und Barmat hatte dagegen Berufung eingelegt. In dem Vergleich nimmt Barmat die gegen die Firma Weinmann ausgesprochene Beleidigung zurück und zahlt an diese Firma 5000 M. Die Lieferung der 50 Waggons Butter, die Barmat übernommen hatte, ist nur teilweise erfolgt. Das Deutsche Reich hat bei diesem einzigen Geschäft einen Verlust von 10 Millionen erlitten.

